



20.11.2018:Regierung in Rom gibt im

Haushaltsstreit mit der Europäischen Union nicht nach ++ Selbst im linken Spektrum gibt es Stimmen, die die "Anti-EU-Politik" Salvinis unterstützen ++ **Paola Giaculli** weist in ihrer Analyse des "Volkshaushaltes" darauf hin, dass der Bruch mit der EU-Sparpolitik nicht die Abkehr von der neoliberalen Politik bedeutet Die Regierung in Rom gibt im Haushaltsstreit mit der Europäischen Union nicht nach. Die EU droht mit einem Defizitverfahren. Italien müsste dann 2019 ein Bußgeld in Höhe von 3,6 Milliarden Euro bezahlen. Für den faschistischen Vize-Regierungschef und Innenminister Matteo Salvini wäre das die Steilvorlage für die Propagandaschlacht vor den Europawahlen im Mai. Vor ein paar Tagen äußerte er: "Nur Verrückte eröffnen gegen uns ein Vertragsverletzungsverfahren. Dann würden 60 Millionen Italiener gegen sie aufstehen."

Zu einem ersten Protest ruft Salvini seine Anhänger*innen auf, am 8. Dezember nach Rom auf die Piazza del Popolo zu kommen.

Selbst im linken Spektrum gibt es Stimmen, die die "Anti-EU-Politik" Salvinis unterstützen, weil sie angeblich mit der Austeritätspolitik brechen würde. "Die Rechte tut, was die Linke nicht tut", heißt es aus dieser Ecke; Salvini stoppt die "neoliberale Dampfwalze".

"Wir denken, dass die aktuelle Regierung bis zum Beweis des Gegenteils ein Schritt nach vorne ist, da sie fraglos die Konfrontation mit der Europäischen Union eröffnet hat, was einen Schritt zur nationalen Selbstbestimmung als Voraussetzung für eine soziale Alternative bedeutet (eine Alternative, die für uns der Sozialismus ist, in der viele wieder anfangen neue Aktualität zu entdecken)", schreibt [Leonardo Mazzei auf Makroskop](#).

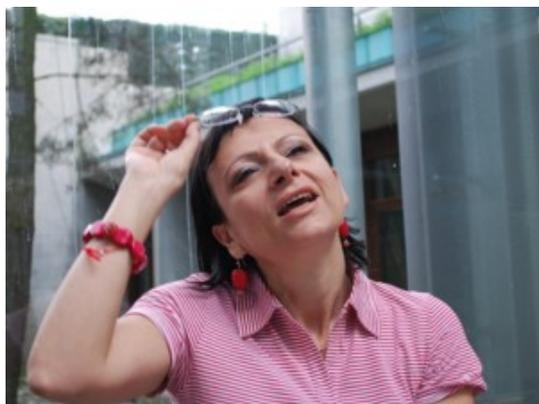
[Rifondazione: "Weder mit der EU-Kommission noch mit der Regierung"](#)

Verkannt wird zum einen, dass Salvini mit dem sog. "Volkshaushalt" seiner rassistischen und autoritären Politik eine Massenbasis verschafft und Italien noch tiefer spaltet.

Paola Giaculli weist zweitens in ihrer Analyse des "Volkshaushaltes" darauf hin, dass der Bruch mit der EU-Sparpolitik nicht die Abkehr von der neoliberalen Politik bedeutet. Sie schlussfolgert:

"Diejenigen Regierungen der EU-Mitgliedstaaten, die sich auf diese Souveränität berufen, fördern die neoliberale Politik und schmälern die Rechte aller, die als "fremd" gelten. So werden soziale Rechte zu Zugeständnissen eines autoritären Staates, der das "Fremde", das Nicht-Mainstream-Leben und die Armen stigmatisiert und immer größere Ungerechtigkeiten verursacht. Ausgrenzung, Einschränkung der Bürgerrechte und Überwachungsmanie haben ein verschärftes Niveau des seit 30 Jahren betriebenen unsozialen Neoliberalismus erreicht. Auch Italien scheint mit seiner derzeitigen Regierung und dem was Di Maio den Volkshaushalt (manovra del popolo) nannte, diesen Weg zu gehen."

Der Volkshaushalt



Von Paola Giaculli

Der Bruch mit der EU-Sparpolitik bedeutet nicht unbedingt eine Abkehr von der neoliberalen Politik. Der Kampf zwischen der Austerität der EU und der "Volkssouveränität" ist ein Dilemma, aus dem sich die linke Politik lösen sollte.

Der Fiskalpakt muss im Interesse einer konsistenten Investitions- und Beschäftigungspolitik sowie einer sozial gerechten Finanzpolitik überwunden werden. Zu diesem Zweck brauchen wir eine andere Wirtschafts- und Industriepolitik. Im aktuellen Haushaltsvorschlag wird dies jedoch nicht erwähnt, und in diesem Sinne unterscheidet sich die derzeitige Regierung kaum von ihrem Vorgänger. Während einzelne Posten unbekannt bleiben, sind von 36,7 Mrd. € (ca. 22 Mrd. € aus Neuaufnahmen) rund 9 Mrd. € für die Einführung eines so genannten "Bürgergeldes" und die Erhöhung der Mindestrente und der Niedriglöhne auf 780 € vorgesehen. Weitere 7 Mrd. € sind für die Korrektur der von der Regierung Monti im Jahr 2012 eingeleiteten Rentenreform

vorgesehen. Die Regierung hat angekündigt, dass diejenigen, die 38 Jahre lang in Pensionsfonds eingezahlt haben, im Alter von 62 Jahren vorzeitig in den Ruhestand gehen können. Im Jahr 2019 könnten rund 150.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst davon Gebrauch machen. Es gibt jedoch keinen Plan für eine rasche Einstellung neuer Mitarbeiter, um einen Zusammenbruch der lokalen Behörden zu verhindern.

Zweifelloos wäre die Einführung einer Pauschalsteuer (Flat Tax), d.h. eines nichtprogressiven Steuersystems, das die Regierung vorgelegt hat, aus linker Sicht weder verfassungsmäßig noch wünschenswert. In den letzten 25 Jahren wurden die Steuersätze für Unternehmen und hohe Einkommen systematisch gesenkt, aber bei niedrigeren Einkommen zugunsten von Finanzerträgen und Reichen erhöht. Die amtierende Regierung setzt diesen Trend fort.

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die überproportional von der Wirtschaftskrise betroffen sind, brauchen sicherlich Hilfe - die Regierung ist mitverantwortlich für deren Notlage und schuldet den KMU insgesamt 57 Milliarden Euro für erbrachte Dienstleistungen. Dennoch ist es inakzeptabel, dass die Regierung Steuerhinterziehung in Höhe von schätzungsweise 110 bis 130 Mrd. € jährlich toleriert und Steuerhinterzieher durch Steuererleichterungen weiter verschont.

Der Haushaltsentwurf sieht nur 3,5 Milliarden Euro für Investitionen vor. Details zu den einzelnen Posten sind bisher unbekannt geblieben. Trotz des alarmierenden Zustands des Landes in Bezug auf marode Infrastruktur, zusammenbrechende Schulen, Brücken und Straßen, erschreckende Bodenerosion, die vor allem durch ungezügelte Spekulationen im Bausektor in den letzten Jahrzehnten, Verwüstungen durch Erdbeben und schließlich durch den Klimawandel verursacht wurde, sanken die öffentlichen Investitionen zwischen 2008 und 2018 um schwindelerregende 30%. Auch diese Regierung ist der Meinung, dass dies kein Grund zum Handeln ist. Bildung und Kultur werden (wieder) nicht finanziert. Die Studierenden gingen kürzlich auf die Straße und forderten "die acht Milliarden zurück, die Berlusconi vor zehn Jahren von uns genommen hat!"

Das "Bürgergeld" ähnelt dem Arbeitslosenpaket Hartz IV, das in Deutschland sehr umstritten ist. Es ist kein Zufall, dass der Minister für wirtschaftliche Entwicklung und Sozialpolitik, Luigi Di Maio (Fünf-Sterne-Bewegung), Anfang Oktober seine deutschen Kollegen Hubertus Heil und Peter Altmaier besuchte, die, wie Di Maio behauptet, Verständnis gezeigt haben und zur Zusammenarbeit bereit sind. Das "Bürgergeld" soll als institutionalisiertes Überwachungssystem funktionieren, in dem die Leistungsempfänger das erhaltene Geld nicht nach eigenem Ermessen verwenden können. Dies ist kaum Wohlfahrtsstaatspolitik, und genau wie die von der EU-Finanzpolitik vorgesehenen Überwachungsmechanismen (mit Bedingungen verbundene Unterstützungsmaßnahmen wie z.B. für Griechenland) befinden sie sich im Gesamtkonzept des Neoliberalismus in seiner jetzigen Form.

Es sind nur elektronische Zahlungen zulässig und die Leistungen müssen jeden Monat vollständig verbraucht werden. Arbeitslose können nur bis zu drei Stellenangebote ablehnen, während Weiterbildung und acht Stunden "gemeinnützig" Arbeit obligatorisch sind. Auch nichtitalienische Staatsbürger, die seit mindestens fünf Jahren in Italien registriert sind, können diese Leistungen in Anspruch nehmen.

"Leistungsbetrüger" sollen mit bis zu sechs Jahren Gefängnis bestraft werden. "Unmoralische Anschaffungen sind nicht erlaubt", hat Di Maio gewarnt. Es ist noch unklar, für welche

Ausgaben (außer Alkohol, Tabak und Glücksspiel) die Leistungen nicht verwendet werden dürfen und wie die Leistungsempfänger zu überwachen sind.

Eine Milliarde Euro ist für den Aufbau oder die Neugestaltung von Arbeitsagenturen vorgesehen. Derzeit gibt es 552 solcher Zentren mit knapp 8.000 Mitarbeitern, die nicht einmal 3% der Arbeitssuchenden in eine neue Beschäftigung vermitteln konnten. Die Hälfte von ihnen verfügt nicht einmal über ein modernes Informationssystem. Die Zahl der potenziellen Leistungsempfänger wird auf rund 5 Millionen geschätzt. Sie leben hauptsächlich im Süden, wo die Arbeitsagenturen technisch noch schlechter ausgestattet sind (72%). Um Leistungen auszahlen zu können, müssen sie in der Lage sein, Anträge zu überprüfen und zu diesem Zweck ihre Maßnahmen mit den Steuerbehörden, Banken und Zollbehörden abstimmen können. Wie dies bis April 2019 umgesetzt werden soll, ist für viele Experten ein Rätsel.

Gleichzeitig wird das Budget für die Integration gekürzt. Es ist geplant, die örtlichen öffentlichen Flüchtlingszentren zu schließen. Die Lokalregierungen haben sich bereits gegen diesen Schritt ausgesprochen, da diese Zentren Musterbeispiele für eine erfolgreiche Integration sind. Ohne diese Zentren hatten die Migrant*innen keine andere Wahl, als sich als Menschenhändler oder Prostituierte an kriminelle Organisationen oder als Sklaven der Schattenwirtschaft zum Nachteil der inneren Sicherheit zu verkaufen. Aber Innenminister Matteo Salvini hat in seiner Kampagne gegen den Bürgermeister von Riace, ein viel gelobtes Modell der Integration, ein Exempel für alle statuiert - an einer Stadt in der Region Kalabrien, die Hochburg der N'drangheta ist, eine der mächtigsten kriminellen Organisationen weltweit. (siehe: [Italien: Bürgermeister verbannt](#))

Zoll- und Polizeibeamte sollten eher zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und organisierter Kriminalität eingesetzt werden, anstatt potenzielle "Leistungsbetrüger" oder "illegale" Flüchtlinge auszuspionieren. Interessanterweise wird nichts getan, um die Auswanderung einzudämmen (seit 2013 schätzungsweise 250.000 bis 300.000 Menschen pro Jahr), die im Gegensatz zur Einwanderung vor allem in Süditalien ein besorgniserregendes Problem darstellt.

Verteidigungsministerin Elisabetta Trenta (Fünf-Sterne-Bewegung) vereinbarte, den Verteidigungshaushalt (derzeit 1,5% des BIP) aufzustocken, um das NATO-Ziel von 2% bis 2024 zu erreichen. Im Gegensatz zu dem, was die Fünf-Sterne-Bewegung ursprünglich versprochen hatte, wird Italien die umstrittenen F-35-Jagdbomber für 10 Milliarden Euro aus den USA kaufen. Kürzungen gemäß dem Haushaltsentwurf (60 Mio. € im Jahr 2019 und 531 Mio. € insgesamt für 2019-2031) sind eher organisatorische Korrekturen als eine allgemeine Neuausrichtung der Verteidigungspolitik.

Versuche, Personalabbau und Deindustrialisierung durch ein so genanntes "Würdedekret" (August 2018) zu bekämpfen, sind grundsätzlich lobenswert, bleiben aber unzureichend. Unternehmen, die öffentliche Unterstützung erhalten, dürfen erst nach fünf Jahren ihren Standort wechseln. Befristete Arbeitsverträge mit einer Laufzeit von mehr als 12 Monaten können nur aus sachlichen Gründen auf 24 Monate verlängert werden. Alle anderen Verträge können bis zu viermal (statt fünfmal) verlängert werden. Diese Maßnahmen könnten natürlich zu einer größeren Scheinselbstständigkeit führen. Es gibt erste Anzeichen dafür: In den letzten Monaten ist die Zahl der unbefristeten und befristeten Arbeitsverträge im Vergleich zum gleichen Zeitpunkt im Jahr 2017 gesunken, während die Zahl der Selbständigen gestiegen ist.

Es bleibt fraglich, ob sich dies positiv auf die Entwicklung in Italien auswirken kann. Wir können kaum von einem Ausstieg aus der neoliberalen EU-Sparpolitik sprechen. Trotz gewisser

Nuancen verfolgt diese Regierung einen Weg, der die soziale Spaltung und Unsicherheit weiter vertiefen wird. Die Fünf-Sterne-Bewegung wurde von der Lega Nord kooptiert, einer fremdenfeindlichen Partei, die ihre Handlungen in Agitation gegen Süditalien und Menschen aus dem Süden begründet und die sich aus Opportunismus kürzlich in eine "nationale" Partei umgewandelt hat. Mattarella, der italienische Präsident, wollte keinen euroskeptischen Finanzminister, unterzeichnete aber überraschenderweise ein verfassungswidriges Sicherheitsdekret, wenn auch nicht ohne Bedenken.

Was Italien braucht, ist - neben einem großen Investitionsplan - eine Wirtschafts- und Industriestrategie zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Überwindung des enormen Ungleichgewichts zwischen dem Norden und dem Süden Italiens. Neben den auf nationaler Ebene umzusetzenden Lösungen sollte die EU-weite Wirtschafts-, Steuer- und Einkommenspolitik dem Fiskalpakt und dem innereuropäischen Konkurrenzkampf durch die Umsetzung sozialer Mindeststandards ein Ende setzen. Dies würde die Verlagerung von Unternehmen in Niedriglohnländer mit niedrigen Steuersätzen eindämmen und auch dazu beitragen, Beschäftigung und Qualifikationen vor Ort zu erhalten und zu erweitern. Eine linke Alternative zur jetzigen Europäischen Union sollte der Aufbau eines Raums der sozialen Menschenrechte sein, der die lebensbedrohlichen Folgen des Klimawandels entschieden bekämpft und gleichzeitig enorme Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen kann.

Der Kampf zwischen der Austeritätspolitik der EU und "Volkssouveränität" ist ein Dilemma, aus dem sich die linke Politik lösen sollte. Diejenigen Regierungen der EU-Mitgliedstaaten, die sich auf diese Souveränität berufen, fördern die neoliberale Politik und schmälern die Rechte aller, die als "fremd" gelten. So werden soziale Rechte zu Zugeständnissen eines autoritären Staates, der das "Fremde", das Nicht-Mainstream-Leben und die Armen stigmatisiert und immer größere Ungerechtigkeiten verursacht. Ausgrenzung, Einschränkung der Bürgerrechte und Überwachungsmanie haben ein verschärftes Niveau des seit 30 Jahren betriebenen unsozialen Neoliberalismus erreicht. Auch Italien scheint mit seiner derzeitigen Regierung und dem was Di Maio den Volkshaushalt (manovra del popolo) nannte, diesen Weg zu gehen.

Paola Giaculli

Quelle: <https://www.transform-network.net/de/blog/article/the-peoples-budget/>

eigene Übersetzung